NIEDERSCHRIFT HFA/032/2009

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 07.05.2009 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks	

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer	
Herr Florian Heuermann	Vertretung für Herrn Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Kortmann	Vertretung für Herrn Thomas Hagemann
Herr Willi Krause	
Herr Dr. Wolfgang Meyring	
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Jürgen Brunn	
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Herr Michael Fliß	
Herr André Heßling	Vertretung für Herrn Thomas Tauber

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker	

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Herr Peter Melzner	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Martin Struffert	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Haushaltsjahr 2009

einschließlich Finanz- und Investitionsplanung

Herr Melzner erläutert die einzelnen Positionen des Entwurfes der Eröffnungsbilanz (31.12.2008) und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hierzu. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich um einen Vorentwurf handelt. Die hierin enthaltenen Werte seien von der Verwaltung ermittelt und noch nicht mit der Wirtschaftsprüferin abgesprochen.
Die Eröffnungsbilanz sei 3 Jahre lang offen und könne in dieser Zeit noch verändert werden. Als Prozedere sei festgelegt worden, dass zunächst eine Prüfung durch die Wirtschaftsprüferin erfolgt, danach durch die Gemeindeprüfungsanstalt und anschließend die Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Billerbeck.

Zur vorliegenden Veränderungsliste weist Frau Dirks darauf hin, dass die Investitionen mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket noch unklar seien und die Liste bis zur Beschlussfassung im Rat offen gehalten werde.

Von Herrn Fehmer nach dem Beckenreiniger für das Freibad befragt, teilt Herr Mollenhauer mit, dass das alte Gerät abgängig sei und ein neues angeschafft werden soll.

Weiter erkundigt sich Herr Fehmer nach der Erhöhung der Bauausgaben Berkelspaziergang.
Herr Mollenhauer erläutert, dass im Haushalt die Einnahmen und Ausgaben deckungsgleich dargestellt seien. Angesetzt sei die vom Verein Berkelspaziergang genannte Höchstsumme von 130.000,-- €. Es handele sich um Maßnahmen, die im Ausschuss vorgestellt worden seien.
Herr Dittrich fragt nach, ob es Hinweise gebe, dass die Zuschüsse evtl. nicht gewährt werden.
Das wird von Frau Dirks verneint.

Herr Schlieker fragt nach, ob die Ausgaben für die Lautsprecheranlage und Sicherheitsbeleuchtung in der Johannisschule aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift vorgesehen seien.
Herr Mollenhauer führt aus, dass es um Empfehlungen gehe. Die Schule habe aufgrund der jüngsten Vorfälle um Verbesserungen gebeten. Zurzeit werde der Notruf von Hand betätigt und eine Lautsprecheranlage sei überhaupt nicht vorhanden. Wenn nachgerüstet werde, gehöre dazu auch eine batteriebetriebene Notbeleuchtung.

Herr Dittrich begrüßt es, dass sich die Schule dem Thema Amok-Prävention widme und fragt nach, woher die ermittelten Summen stammten und verweist auf seine Anregung, die Dinge auf Kreisebene zu beschaffen.

Eine gemeinsame Ausschreibung werde nicht möglich sein, so Herr Mollenhauer, weil die Anlagen projektspezifisch seien.
Frau Dirks ergänzt, dass auf Bürgermeister-Ebene beschlossen worden sei, dass sich die Verantwortlichen der einzelnen Verwaltungen absprechen und Erfahrungen austauschen.

Herr Fehmer möchte wissen, worin die Erhöhung für den Grunderwerb

Berkelaue begründet sei.
Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass der Abwasserbetrieb mit einer Landeszuwendung von 80% Grunderwerb in Höhe von 266.000,-- € getätigt habe, die zusätzlich eingestellten Mittel in Höhe von rd. 53.000,-- € betreffen den 20%-igen Eigenanteil, der bei Übernahme der Grundstücke in Stadteigentum netto an den Abwasserbetrieb zu zahlen ist. Ggf. könne dieser Eigenanteil später aus dem Verkauf von Öko-Punkten finanziert werden.

Herr Fließ wirft ein, dass hier überlegt werden sollte, ob weiterhin jedes Jahr 100.000,-- € für den Ankauf von Flächen eingestellt werden sollen, auch wenn eine 80%-ige Bezuschussung erfolge.

Herr Fehmer schlägt vor, die Frage grundsätzlich zu thematisieren.

Herr Melzner teilt ergänzend zur vorliegenden Veränderungsliste mit, dass für die Umbauarbeiten im Freibad in 2010 eine Restfinanzierung von 35.000,-- € vorgesehen sei. Um bereits jetzt hierüber verfügen zu können, sollen die Verpflichtungsermächtigungen um 35.000,-- € erhöht werden.

Des Weiteren seien in 2010 20.000,-- € für die Sicherung eines Bahnübergangs im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes zusätzlich vorgesehen, hierzu werde eine Zuweisung in Höhe von 14.000,-- € erwartet.

Eine weitere Veränderung um 6.900,-- € ergebe sich bei den Erträgen. Hier seien Verwaltungskosten in den Gebührenhaushalten zu verrechnen.

Dann kommt der HFA zu den Haushaltsplanberatungen.

Herr Fehmer weist zunächst darauf hin, dass sich viele Verständnisfragen ergeben haben, deren Beantwortung heute den Rahmen sprengen würde.
Die CDU-Fraktion wolle folgende zusätzliche Beträge in den Haushaltsplan einstellen:

Für **die Sicherheit und Ordnung**, fußend auf den vorliegenden CDU-Antrag sollen für 2009 zunächst 10.000,-- € eingestellt werden, um die personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Stadtentwicklung, Stadtentwicklungskonzept, Belebung der Innenstadt
Im Rahmen der Bachelor-Arbeiten seien verschiedene Aktivitäten vorgestellt worden, die durchaus zu begrüßen seien. Das seien im Moment nur leere Worthülsen. Wenn man die Stadtentwicklung ernst nehme, müssten Mittel für externe Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Für 2009 werde ein Betrag von 20.000,-- € vorgeschlagen.

Des Weiteren soll ein **neuer Ansatz im Bereich Stadtentwicklung** gebildet werden, und zwar für die Umstrukturierung alter Wohngebiete. Im Rahmen der Regionalplanung werde die weitere Versiegelung von Flächen im Moment restriktiver gehandhabt. Das bedeute, dass neue Wohngebiete nicht mehr in so großer Anzahl verwirklicht werden können. Auf der anderen Seite gebe es ältere Wohngebiete mit großen Flächenkapazitäten, die tlw. brach lägen und den heutigen Eigentümern Probleme bereiteten. Eine Verwertung dieser Objekte werde sich nicht positiv entwickeln, weil mehr Objekte auf dem Markt sind. Eine Durchmischung dieser bestehenden Wohngebiete mit neuen Objekten sei daher sinnvoll. Hier könne man auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgreifen. Grundvoraussetzung sei allerdings, dass dies im Einklang mit den jetzigen Grundstückseigentümern geschehe. Für die erste Planung sollen 10.000,-- € eingestellt werden.

Förderung von Familien
Der CDU-Fraktion sei die Familienförderung wichtig, so Herr Fehmer. Vor diesem Hintergrund sollte für Billerbeck ein Familienpass verwirklicht werden. Es gebe Gemeinden, die einen solchen in den vergangenen Jahren tlw. mit Erfolg angegangen seien. Hier gehe es insbesondere um die Unterstützung von Kindern im Rahmen von Ferienfreizeiten pp. Hierfür sollen 10.000,-- € angesetzt werden. Der zuständige Ausschuss sollte sich mit dem Thema beschäftigen.

Disco-Bus/Kultur-Bus
Herr Fehmer verweist auf die von der Stadt Coesfeld veranstaltete „Fabrik ab 12“, die vom Jugendamt sowie der Polizei begleitet werde und einen guten Ruf genieße. Für den Transfer der Kinder aus Billerbeck zu dieser Veranstaltung sollte zunächst für 1 Jahr befristet eine Busverbindung eingerichtet werden. Danach soll anhand der Resonanz entschieden werden, ob das Angebot darüber hinaus aufrecht erhalten wird.

Darüber hinaus sollte zunächst für eine Testphase für Erwachsene einmal monatlich freitags eine Busverbindung zum Kino und Theater nach Coesfeld eingerichtet werden.

Für diese beiden Bereiche sollen 10.000,-- € eingeplant werden.

Herr Fehmer führt weiter aus, dass im Rahmen der Schulung zum NKF vorgetragen wurde, dass es mittelfristiges Ziel der Politik sein sollte, einzelne Produktziele zu formulieren. Die CDU-Fraktion wolle, dass der zurzeit von der RVM organisierte **Schulbusverkehr** mittelfristig in Eigenregie der Stadt übernommen wird, um bessere Transferzeiten für die Schüler zu erreichen.

Des Weiteren wolle er folgende Einsparmöglichkeit im Haushalt zur Diskussion stellen.
Für die **Erneuerung von Bushaltestellen** seien 150.000,-- € vorgesehen. In den letzten Jahren sei in diesem Bereich eine Menge investiert worden. Auch wenn ein nicht unerheblicher Anteil an Zuschüssen ge-

währt werde, müsse die Stadt immer noch ihren Eigenanteil aufbringen, zudem seien Fördergelder auch Steuergelder. Der Ansatz sollte kritisch überprüft werden.

Herr Dittrich schlägt vor, dass er zunächst die Vorschläge der SPD-Fraktion vortrage und danach eine Sitzungsunterbrechung erfolgt.

Herr Dittrich erklärt, dass er die Erhöhung des Ansatzes „bewegliches Vermögen“ nicht nachvollziehen könne. Er habe erfahren, dass diese Ansatzerhöhung auf die Auflösung von Haushaltsresten zurückzuführen sei. Dies nehme er zum Anlass, von der Verwaltung die Vorlage einer Liste zu fordern, aus der sich ergibt, worauf die Auflösungen zurück zu führen und wo sie im Haushalt wieder zu finden sind. Er halte es nicht für richtig, ohne tatsächlichen Bedarf eine Ansatzerhöhung vorzunehmen.

Herr Melzner weist darauf hin, dass die meisten Haushaltsreste nicht neu veranschlagt, sondern beim Abschluss mit Einführung des NKF abgesetzt worden seien. Immerhin konnte so die Kreditermächtigung um 450.000,-- € reduziert werden.

Herr Messing legt dar, dass die Erhöhung beim beweglichen Vermögen als Sicherheitspolster für die EDV vorgesehen sei, falls ein Server ausfalle.

Zu den von Herrn Fehmer angesprochenen Einsparungen bei der Erneuerung von Bushaltestellen erläutert Herr Mollenhauer, dass vor Jahren die Planung vorgestellt worden sei, wonach 8 Haltestellen erneuert werden sollten. Die Förderanträge seien gestellt worden, wobei die Umsetzung in zwei Blöcken aufgeteilt worden sei. Der erste Block sei abgearbeitet, die Mittel für den zweiten stünden zur Verfügung. Hiermit sollen die Bushaltestellen an der westlichen Seite der Coesfelder Straße, an der Münsterstraße hinter der Einmündung Nottulner Straße, im Bereich der Rettungswache und am Gummibahnhof erneuert werden. Verwaltungsseitig würde es sehr begrüßt, wenn die Erneuerung dieser Bushaltestellen realisiert werden könnte, zumal die Mittel avisiert wurden und man nicht wisse, ob in den nächsten Jahren noch Mittel bereitgestellt werden. Er hoffe zudem, dass noch Kosten eingespart werden können.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Vorschlag bzgl. des Diso-Busses nicht neu sei, sondern bereits im Arbeitskreis Jugend des Lokalen Bündnisses für Familien formuliert wurde.

Herr Dittrich stellt grundsätzlich zum Haushalt fest, dass die Ergebnisrechnung negativ sei, wobei eine optimistische Aussicht auf Verbesserung bestehe.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion enthielten keine konkreten Werte, weil sie diese mit den anderen Fraktionen besprechen wollen.

Vorgeschlagen werde, **Planungskosten für den Neubau eines Jugendzentrums** bereit zu stellen.

Des Weiteren sei es ihm wichtig, dass der **Aufzug im Rathaus** auf jeden Fall realisiert wird, und zwar nicht in einigen Jahren, sondern im Rahmen des Konjunkturpaketes kurzfristig. Der Aufzug sei wichtiger als die Wirtschaftswege.

Für **Planungskosten in Sachen Schulentwicklung** soll ebenfalls ein Betrag vorgesehen werden. Es bestehe Einigkeit, dass man hier tätig werden müsse. Er hoffe auf Zustimmung seitens der CDU-Fraktion.

Weiter sollte zur Förderung des Schulstandortes Billerbeck ein **Pool für Schülerfahrtkosten** geschaffen werden. Der Schulstandort Billerbeck müsse für Schüler aus den umliegenden Gemeinden attraktiv sein.

Schließlich sehe er die Notwendigkeit **Planungskosten für eine Mehrzweckhalle** einzustellen. Die Schallschutzwand sei eine Möglichkeit kurzfristig zu agieren, langfristig werde man aber an einer Mehrzweckhalle nicht vorbei kommen, wobei es nicht unbedingt ein Neubau sein müsse.

Herr Dittrich kommt dann auf die gestrigen Sitzungen des Bezirks- sowie des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses zurück, in denen über eine Steuerung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben durch Bauleitplanung diskutiert worden sei. Weil diese Problematik langfristig auf die Stadt zukommen werde, sollen für die **Überplanung des Außenbereiches** Mittel eingestellt werden.

Herr Melzner merkt noch einmal zu den Haushaltsresten an, dass sich ein Teil in der Bilanz, Pos. Rückstellungen, wieder finde.
Herr Fließ weist darauf hin, dass sie doch eine ausgearbeitete Bilanz mit den ausgebildeten Posten erhielten und hieraus die Rückstellungen zu ersehen seien.
Das wird von Herrn Melzner bestätigt und angefügt, dass dies auch im Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüferin erläutert werde.

Herr Schlieker stellt voran, dass die finanzielle Situation im Moment durch die Fördermittel aus dem Konjunkturpaket positiv sei, für die nächsten Jahre aber Steuerausfälle von 60 – 70 % prophezeit würden. Er gehe davon aus, dass die Stadt kurzfristig wieder im Haushaltssicherungskonzept sein wird. Nichts desto trotz habe auch seine Fraktion Vorschläge über die Verwendung der Haushaltsmittel.
Wie bereits von Herrn Dittrich vorgeschlagen, wolle er ebenfalls für die **Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Außenbereich** Geld oder Stellen zur Verfügung stellen.

Des Weiteren seien die **Sanitäranlagen im Johanni- und Ludgerischulgebäude** nicht mehr akzeptabel. In den nächsten Jahren werde es immer schwieriger werden, Geld hierfür zu bekommen. Eine bestimmte Summe könne er nicht nennen, aber die alten Toilettenanlagen müssten

erneuert werden.
Lt. Herrn Mollenhauer werden entsprechende Maßnahmen aus den laufenden Unterhaltungsmitteln bestritten. Mit der für dieses Jahr vorgesehenen Sanierung der Ludgeri-Turnhalle sei bereits begonnen worden.

Ebenfalls seien die Technik und die Ausstattung des **Lehrschwimmbeckens** an der Johannisgrundschule mittelfristig nicht mehr haltbar. Er halte es aber für wichtig, dass jedes Kind in Billerbeck schwimmen lernen kann, unabhängig vom Freibad. Eine konkrete Summe könne er hierfür ebenfalls nicht nennen, diese müsste verwaltungsseitig ermittelt und dann in den Haushaltsplan eingestellt werden.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion für das Lehrschwimmbecken ebenfalls Handlungsbedarf sehe. Hier müsse aber differenziert werden. Für das Lehrschwimmbecken, den Aufzug im Rathaus und für die Wirtschaftswege sollen Mittel aus dem Konjunkturpaket verwandt werden. Die Herstellung der Wirtschaftswege könnte auf 3 Jahre verteilt werden. Wichtig sei es aber einen Ausgleich zu schaffen zu den Wegen, die im Rahmen der Flurbereinigung hergestellt worden sind. Weitere Mittel aus dem Konjunkturpaket könnten für die Breitbandversorgung zur Verfügung gestellt werden, denn ohne Zuschüsse werde die Realisierung mittelfristig nicht möglich sein. Für das Lehrschwimmbecken schlage die CDU-Fraktion einen Betrag von 100.000,-- € vor.
Des Weiteren unterstütze die CDU-Fraktion den Antrag des DJK/VfL auf Bezuschussung des Kunstrasenplatzes. Außerdem würden sie im Schulausschuss die Renovierung der Realschulturnhalle vorschlagen. Sie hätten aber Bedenken, für den Kunstrasenplatz Konjunkturmittel zur Verfügung zu stellen, weil einmal eine Grundgesetz-Änderung erforderlich ist, diese aber erst im Sommer beschlossen werde, der Platz bis dahin aber bereits fertig sein soll und zum anderen für die Konjunkturmittel wohl die allgemeinen Vergabegrundsätze gelten werden, so dass der Verein nicht nachverhandeln könne. Deshalb sollten für den Kunstrasenplatz allgemeine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass die Finanzplanung der nächsten Jahre zwar positiv, die weitere Entwicklung aber dennoch unklar sei. Dann kommt sie auf den o. a. Vorschlag des Herrn Dittrich auf Sitzungsunterbrechung zurück und unterbricht die Sitzung von 19:45 – 20:00 Uhr zur fraktionsinternen Beratung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schlägt Herr Dittrich vor, abgesehen von den Maßnahmen, die mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket verwirklicht werden sollen und dem Zuschuss für den Kunstrasenplatz, über den in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollte, die Fraktionsvorschläge zu allen Positionen gemeinsam zu tragen und in den Haushaltsplan aufzunehmen. Im Laufe des Haushaltsjahres sollte dann über die einzelnen Maßnahmen beraten werden.

Frau Dirks merkt an, dass das auch so angedacht sei, denn es könnten nicht alle Maßnahmen in 2009 umgesetzt werden. Dennoch benötige sie aber Kostenansätze für den Haushaltsplan.

Herr Dittrich schlägt vor, für jeden Vorschlag grundsätzlich zunächst 10.000,-- € Planungskosten anzusetzen.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass bzgl. der Überplanung des Außenbereiches auch über den Stellenplan diskutiert werden müsse.

Herr Fehmer schließt sich dem Vorschlag des Herrn Dittrich grundsätzlich an, wobei sich die Planungskosten für den Außenbereich derzeit nur darauf beschränken können, den Runden Tisch einzuberufen und eine Potentialflächenanalyse zu erstellen. Dann erst könne entschieden werden, ob eine Planung zielführend ist oder nicht. Denn ohne Zustimmung der Grundstückseigentümer werde man nicht weiter kommen.

Dem stimmt Herr Dittrich zu. Weiter führt er an, dass über die Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht heute entschieden werden müsse, schließlich seien noch nicht alle Bedingungen bekannt.

Herr Melzner hofft, dass die Bedingungen bis zur Ratssitzung klar seien und dann die Maßnahmen noch in die Änderungsliste einbezogen werden können.

Herr Schlieker macht deutlich, dass er die Mittel für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens aus dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung stellen wolle. Er befürchte, dass die Maßnahme nicht umgesetzt wird, wenn sie aus Mitteln des Konjunkturpaketes verwirklicht werden soll.

Frau Dirks schlägt vor, hierfür ebenfalls 10.000,-- € Planungskosten einzustellen, denn mit 100.000,-- € werde man für die Sanierung nicht auskommen.

Herr Melzner weist darauf hin, dass sich die Vorschläge der Fraktionen zu einer erheblichen Summe addierten und die Ergebnisrechnung deutlich belasteten, sich also der Fehlbedarf um diesen Betrag erhöhe.

Zur Verdeutlichung werden die Vorschläge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf wie folgt zusammen gefasst:

CDU:
Öffentliche Sicherheit und Ordnung 10.000,-- €
Stadtentwicklung, Belebung der Innenstadt 10.000,-- €
Stadtentwicklung, alte Wohngebiete 10.000,-- €
Förderung von Familien (Familienpass) 10.000,-- €
Disco-Bus/Kultur-Bus 10.000,-- €

SPD:
Planungskosten Jugendzentrum 10.000,-- €
Planungskosten Schulentwicklungsplanung 10.000,-- €
Schülerfahrtkosten-Pool 10.000,-- €
Planungskosten Mehrzweckhalle (Sperrvermerk) 10.000,-- €
Überplanung Außenbereich 10.000,-- €

Grüne:
Überplanung Außenbereich s. o.
Lehrschwimmbecken 10.000,-- €

Zur weiteren Verfahrensweise merkt Herr Fliß an, dass es zwingend notwendig ist, in den Ausschüssen über die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket zu beraten und dies nichts mit den Haushaltsplanberatungen zu tun habe.

Herr Fehmer möchte die 10.000,-- € Planungskosten für eine Mehrzweckhalle mit einem Sperrvermerk versehen, da zunächst Erfahrungen mit der Lärmschutzwand gesammelt werden sollen.
Dem kann sich die SPD-Fraktion anschließen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass bzgl. des Schülerverkehrs noch kein Betrag genannt wurde.

Herr Fehmer betont, dass es ihm nicht darum gehe, an den tatsächlichen Kosten etwas zu verändern. Er wolle eine Optimierung des Schülerverkehrs, nicht nur für die auswärtigen, sondern auch für die Billerbecker Schüler. Obergrenze sollte der bisherige Ansatz sein.

Schließlich fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Aufgrund der § 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Billerbeck für das Haushaltsjahr 2009 einschließlich Anlagen unter Einbeziehung der Änderungen in den Etatberatungen des HFA's beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag der CDU-Fraktion vom 24. November 2008
hier: Aufbau einer Ordnungspartnerschaft

Frau Dirks bezieht sich auf einen Pressebericht, dem zu entnehmen war, dass es bzgl. ihres Vorgehens betr. Ordnungspartnerschaft offensichtlich Irritationen gegeben habe. Zur Klarstellung führt sie aus, dass sie vom Rat aufgefordert worden sei, den „Runden Tisch gegen Gewalt" einzuberufen. Das habe sie getan und mit den Akteuren die Thematik Vandalismus und Aufenthalte von Jugendlichen auf öffentlichen Plätzen besprochen. Der Runde Tisch wolle nicht, dass der falsche Eindruck entstehe, als ob in Billerbeck die Kriminalitätsrate besonders hoch ist. Des Weiteren sei einhellig festgestellt worden, dass sich die Jugendlichen grundsätzlich auf Schulgrundstücken und öffentlichen Plätzen aufhalten dürfen, es aber Grenzen geben müsse. Um die Jugendlichen zu sensibilisieren und die Einhaltung der Vorgaben zu kontrollieren, seien verstärkte gemeinsame Kontrollen der Polizei und des Ordnungsamtes vereinbart worden. Darüber hinaus soll an bestimmten Wochenenden ein professio-

neller Sicherheitsdienst eingesetzt werden. Der Runde Tisch habe auch deutlich gemacht, dass die Öffentlichkeitsarbeit wichtig ist und sie aufgefordert, ein Pressegespräch anzuberaumen. Vor diesem Pressetermin habe sie die Fraktionsvorsitzenden eingeladen und über das Ergebnis des Runden Tisches informiert und auch darauf hingewiesen, das sie die Presse informieren werde. Das habe nichts mit dem CDU-Antrag zu tun, der ja weiter gehe und eine Ordnungspartnerschaft sowie den Einsatz von Mitarbeitern des Vereins Interkulturelle Begegnungsprojekte (IBP) fordere. Insofern habe sie sich über die Pressemitteilung gewundert, denn sie habe auftragsgemäß gehandelt. Das werde auch daraus ersichtlich, dass im Haushaltsplanentwurf keine Mittel für einen Ordnungsdienst vorgesehen seien. Sie wollte abwarten, welche Akzente heute gesetzt werden.
Des Weiteren gehe aus der Sitzungsvorlage hervor, dass nach Einschätzung der Polizei und der anderen Teilnehmer des Runden Tisches keine Notwendigkeit für die Einrichtung einer formellen Ordnungspartnerschaft gesehen wird.
Des Weiteren werde der Streetworker sich mit den Schulen und den Jugendlichen zusammen setzen.

Herr Messing legt dar, dass in der Vorlage die abstrakten Zahlen der Straftaten in 2008 hochgerechnet auf 100.000 Einwohner genannt wurden, dieses diene der Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen. Die tatsächlichen Straftaten betrugen in Billerbeck 572.

Herr Fehmer kann die Ausführungen der Bürgermeisterin nicht nachvollziehen. Richtig sei, dass ein interfraktionelles Gespräch stattgefunden habe. Ihm sei aber nicht bewusst, dass das Ergebnis des Runden Tisches in der Presse bekannt gegeben werden sollte. Vielmehr habe man sich darauf verständigt, dass das Ergebnis Bestandteil der weitergehenden Beratung sein soll. Deshalb sei das Vorgehen der Bürgermeisterin nicht in Ordnung. Der Runde Tisch könne nichts entscheiden, dafür sei die Politik zuständig. Er halte es für unerlässlich, dass Herr Althoff vom IBP zu einer Ausschusssitzung eingeladen wird, um auf den Einsatz von IBP-Mitarbeitern einzugehen.

Frau Mollenhauer ist erstaunt darüber, dass man sich auf die Durchschnittsrate von Straftaten im Kreis Coesfeld berufe. Nach ihrer Meinung sei jede Straftat, die begangen wird, eine zu viel. Außerdem hätte sie gerne gewusst, wie viele Straftaten in den Vorjahren begangen wurden. Zudem müsse man auch das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst nehmen. Vertreter der CDU-Fraktion hätten ein Gespräch mit Herrn Althoff geführt, in dem dieser grundsätzlich den Einsatz von IBP-Mitarbeitern als möglich angesehen habe. Jetzt zu behaupten, dass der Einsatz von IBP-Mitarbeitern ungeeignet sei, ohne Herrn Althoff im Ausschuss gehört zu haben, sei nicht in Ordnung. Der IBP leiste hervorragende Arbeit. Die CDU-Fraktion halte an ihrem Antrag fest.

Herr Messing teilt mit, dass die Anzahl der Straftaten in Billerbeck im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Kommunen niedrig seien. Bis 2008 seien die Straftaten in Rosendahl und Billerbeck zusammen erfasst

worden. Die Steigerung sei auf eine Erhöhung im Bereich Diebstahl zurückzuführen. Die Anzahl der Straftaten im Bereich Vandalismus sei nicht exorbitant gestiegen. Die Polizei habe keinen Bedarf für eine formelle Ordnungspartnerschaft gesehen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es einmal um die Ordnungspartnerschaft und zum anderen um den Ordnungsdienst gehe. Die Stadt sei bei einer Ordnungspartnerschaft auf die Mitarbeit der Polizei angewiesen und wenn dieser Partner in Billerbeck keinen Bedarf sehe, müsse man das akzeptieren. Bzgl. des Ordnungsdienstes habe der Runde Tisch Bedenken, Mitarbeiter des IBP nachts auf die Straße zu schicken. Die Mitarbeiter könnten sich nicht selber schützen und benötigten außerdem einen Sachkundenachweis.

Herr Dittrich macht deutlich, dass sich personalintensive Maßnahmen der Polizei an Zahlen orientieren müssten. Schon damals habe Herr Leimkühler von der Polizei gesagt, dass anhand der Zahlen keine Ordnungspartnerschaft erforderlich sei. Dies sei aber nicht der einzige Maßstab. Er sei froh, weiter gekommen zu sein als erwartet, immerhin habe der Kollege Leimkühler gemeinsame Streifen angeboten. Er habe auch die Diskussion im interfraktionellen Gespräch so verstanden, dass wenn man hiermit klar komme, der Einsatz von IBP-Mitarbeitern hinten angestellt werden könne. Im Übrigen könne man sich einen Runden Tisch, der nur einmal im Jahr tage sparen, in anderen Kommunen tage der Runde Tisch viermal im Jahr. Auch wenn der CDU-Antrag nicht zu 100% umgesetzt werde, komme etwas in Bewegung. Er warne davor, das Problem hoch zu schaukeln, denn das subjektive Sicherheitsgefühl stimme nicht mit den tatsächlichen Zahlen überein.

Herr Fehmer merkt kritisch an, dass ihm die von Herrn Dittrich und Herrn Messing genannten statistischen Zahlen nicht bekannt seien. Er habe der offiziellen Mitteilung des Kreises Coesfeld entnommen, dass z. B. die Straftaten in Billerbeck höher seien als in Havixbeck. Hintergrund des CDU-Antrages sei die Absicht, die Anzahl der Straftaten zu senken und ohne mit Herrn Althoff geklärt zu haben, ob ein Einsatz der IBP-Mitarbeiter möglich ist, könne man doch nur spekulieren.

Hier werde ein Thema aufgebauscht, das kein wirkliches Thema ist, so Herr Schlieker. Wenn überhaupt ein Konzept nötig ist, könne es doch nur sein, das Problem bei der Wurzel, nämlich der Jugendarbeit zu packen. Außerdem halte er die Aussage der Bürgermeisterin, dass durch Umschichtungen in der Verwaltung Freiräume für gemeinsame Streifen geschaffen werden können für unangemessen, da doch immer wieder betont werde, dass alle ausgelastet seien.

Herr Dr. Meyring kritisiert, dass keine Niederschrift über die Zusammenkunft des Runden Tisches vorliegt. Herr Dittrich von der SPD-Fraktion und Frau Rawe von den Grünen seien in dem Gremium vertreten, die CDU-Fraktion aber nicht.

Herr Brunn spricht an, dass nicht die Kriminalität das Hauptthema in der

Bevölkerung ist, sondern vielmehr die Ordnungswidrigkeiten, wie Dreck und Krach. Vielleicht sollte man sich auf die Jugendarbeit konzentrieren und versuchen, Vandalismus zu verhindern. Das sei ein anderes Thema und habe mit der Polizei nichts zu tun. Vielleicht habe die Polizei recht, dass IBP-Mitarbeiter nicht dazu geeignet seien, Straftaten zu verhindern. Dennoch könnten sie aber nachts durch die Straßen laufen und dafür sorgen, dass kein Vandalismus geschieht.

Herr Dittrich weist Herrn Dr. Meyring darauf hin, dass die Zahlen über die Straftaten öffentlich und auf den Internetseiten der Polizei veröffentlich seien. Allerdings werde Billerbeck erst seit 2008 mit der Umstellung der Statistik separat erfasst. Bis dahin sei Billerbeck mit Rosendahl erfasst worden. Das mache einen Vergleich mit der Vergangenheit schwierig. Im Übrigen sehe er auch, dass die IBP hervorragende Arbeit leiste, dennoch habe er Bauschschmerzen, wenn die Mitarbeiter im Sicherheitsdienst eingesetzt werden. Er hielte es für sinnvoll, das im Runden Tisch besprochene Konzept umzusetzen und zu sehen wie man weiter komme. Dabei sei es sicherlich richtig, den Streetworker einzubinden. Aber der CDU-Antrag gehe drei Schritte zu weit.

Herr Heuermann wirft die Frage auf, warum Herr Althoff zu der heutigen Sitzung nicht eingeladen wurde, das hätte viel mehr zu einer sachlichen Diskussion geführt als die Sitzungsvorlage der Verwaltung.

Frau Dirks betont, dass der CDU-Antrag vom Rat an den Ausschuss verwiesen, aber noch nicht beschlossen wurde.

Herr Schlieker schlägt vor im Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss weiter zu beraten und hierzu Herrn Althoff einzuladen.

Herr Dittrich macht noch einmal deutlich, dass die Polizei eine Ordnungspartnerschaft offiziell abgelehnt habe und ohne Beteiligung der Polizei man über eine solche Partnerschaft nicht zu diskutieren brauche. Er schlage vor, den CDU-Antrag nicht an den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Kultur zu verweisen, sondern ihn ruhen zu lassen, um zu sehen, ob man mit den im Runden Tisch besprochenen Maßnahmen weiter komme.

Frau Dirks schlägt vor, Herrn Althoff zu einer Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien, Senioren und Kultur einzuladen um zu erfahren, ob der Einsatz von IBP-Mitarbeitern möglich ist und ob es evtl. Fördermöglichkeiten gibt.

Herr Fehmer spricht sich für eine Verweisung an den Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss aus.

Nach weiterer Erörterung über die weitere Vorgehensweise fasst der HFA auf Antrag von Herrn Krause schließlich folgenden

Beschluss:
Im Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss wird über das

Thema weiter beraten. Zu der Sitzung ist Herr Althoff vom IBP einzuladen. Gleichzeitig wird das am Runden Tisch besprochene Konzept weiter verfolgt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Schneiden von Straßenbegleitgrün - Herr Fehmer

Herr Fehmer weist darauf hin, dass an der K 52/Abzweig zum Kloster Gerleve das Straßenbegleitgrün geschnitten werden müsse, da die Sicht stark behindert sei.
Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

4.2. Beseitigung von Frostschäden in der Innenstadt - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich, wie weit der Bauhof mit der Beseitigung von Frostschäden in der Innenstadt sei.
Herr Mollenhauer erläutert, dass die Schäden sukzessive im Rahmen der Möglichkeiten abgearbeitet würden.

Marion Dirks	Birgit Freickmann
Bürgermeisterin	Schriftführerin